

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Hamburgs Landwirtschaft stärken – Bio-Stadt Hamburg

I.

Anlass

Der Senat hat den Beitritt der Freien und Hansestadt Hamburg (im Folgenden: Hamburg) zum Bio-Städte-Netzwerk beschlossen. Nach der Gründung des Netzwerkes in Augsburg am 4. April 2016 schließt sich Hamburg damit dem positiven Beispiel der Gründungsmitglieder Augsburg, Bremen, Darmstadt, Freiburg, München und Nürnberg an. Noch in diesem Jahr wird Hamburg ordentliches Mitglied des Bio-Städte-Netzwerkes werden.

Hintergrund dieser Initiative ist, dass der Markt für ökologische Produkte seit Jahren bundesweit mit teilweise zweistelligen Wachstumszahlen boomt. Die Biobranche ist eine der zukunftsträchtigsten Branchen. Marktbeobachter stellen eine steigende Nachfrage fest und prognostizieren, dass Bio-Lebensmittel weiter an Bedeutung gewinnen werden und ein stabiler Wachstumstrend auch in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Eine beachtliche Zahl an Unternehmen und Arbeitsplätzen unterstreicht die wirtschaftliche Bedeutung der Biobranche. Das Ökobarometer 2013¹⁾ ermittelte, dass wichtigster Grund für den Kauf von Bio-Lebensmitteln die regionale Herkunft und die Unterstützung der regionalen Betriebe ist, gefolgt von artgerechter Tierhaltung, geringer Schadstoffbelastung und transparenten Wertschöpfungsketten.

Ökologisch erzeugte Produkte haben nicht nur eine wirtschaftlich zunehmende Bedeutung, sondern auch eine gesellschaftliche und ökologische Komponente. Der ökologische Landbau leistet einen wertvollen Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften: Böden werden schonend bearbeitet, Abwasser wird weniger belastet, die Artenvielfalt gefördert und dem Klimaschutz Rechnung getragen. Bio gilt somit längst als weicher Standortfaktor.

Dem wachsenden Interesse des Handels und der Verbraucher stehen sowohl bundesweit als auch in Hamburg eine noch stagnierende Anzahl von Bio-Betrieben und Bio-Anbauflächen gegenüber. Dadurch schlägt die steigende Nachfrage vor allem bei den Bio-Importen zu Buche und geht so als Wirtschaftsfaktor dem heimischen Markt verloren. Politik und öffentliche Verwaltung können hier auf verschiedenen Ebenen Verantwortung übernehmen. Insbesondere als verlässlicher und großer Nachfrager können sie eine Verstärkung der Marktaktivitäten bewirken und somit einen Anreiz für heimische Erzeuger schaffen, den Sprung in die Umstellung zu wagen. Damit würde dem Wunsch der Verbraucher nach Umweltschutz und Transparenz bei Erzeugung und Verarbeitung sowie

¹⁾ Regelmäßig vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage unter Verbrauchern zu ihrem Konsum von Biolebensmitteln.

nach nachvollziehbaren Handelsketten und kurzen Transportwegen entsprochen.

II.

Bio-Städte

Bereits seit 2010 arbeiten Städte, die den Ökolandbau und Bio-Lebensmittel fördern, zusammen, tauschen Ideen und Erfahrungen über Aktionen und Projekte in ihren Städten aus und unterstützen und beraten sich gegenseitig in der weiteren Stärkung der Bio-Branche. Aus dieser Zusammenarbeit entwickelte sich auf der Messe „BioFach 2012“ in Nürnberg die Idee zur Gründung eines gemeinsamen Bio-Städte-Netzwerkes.

Hierbei handelt es sich um eine kommunale Arbeitsgemeinschaft bundesdeutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, die sich zur Aufgabe gemacht haben, gemeinsame Strategien und Lösungsansätze zu entwickeln, Fördermittel zu akquirieren und Projekte und öffentlichkeitswirksamer Aktionen zur Stärkung der Bio-Branche zu initiieren.

Der Impuls kam aus Süddeutschland, wo bereits Kontakte zu einem ähnlichen Netzwerk in Italien bestanden. Mittlerweile arbeiten 15 Städte und Kommunen im Bio-Städte-Netzwerk aktiv mit. Die offizielle Gründungsveranstaltung fand öffentlichkeitswirksam am 4. Februar 2016 in Augsburg statt. In diesem Rahmen unterzeichneten die Oberbürgermeister und Bürgermeister eine Kooperationsvereinbarung, informierten über die Ziele des Netzwerkes Bio-Städte und über sich daraus ergebende Veränderungen in ihren Städten.

Die Bio-Städte vereinbaren gemäß der Kooperationsvereinbarung Ziele, im Rahmen der verfügbaren finanziellen Möglichkeiten geeignete Projekte, setzen Maßnahmen und Aktionen um und tragen so wesentlich dazu bei, Aspekte der Wirtschaft und Agrarwirtschaft mit den Belangen der Politik zu verzahnen. Durch das gemeinsame Auftreten im Netzwerk der deutschen Bio-Städte, Bio-Gemeinden und Bio-Landkreise wird dem Anliegen ein hohes politisches Gewicht verliehen. Möglichst viele Städte, Gemeinden und Landkreise sollten sich daher dem Netzwerk anschließen, sich als Bio-Stadt präsentieren und somit den Ökolandbau, die Weiterverarbeitung und die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln, d.h. die regionale Wertschöpfung, verstärkt fördern.

Die Stärke des Netzwerkes ist die Bündelung der kommunalen Kompetenz und das gemeinsame Auftreten auf bundesdeutscher und europäischer Ebene. Das Netzwerk ermöglicht einen Erfahrungsaustausch über die jeweiligen Aktivitäten und Projekte und damit ein gemeinsames Lernen. Außerdem werden gemeinsame Projekte von bundesweiter Bedeutung durch-

geführt. Beispielhaft sei hier das Förderprojekt „Mehr Bio in Kommunen – Strategien zur erfolgreichen Einführung von Bio-Lebensmittel im Verpflegungsbereich von Kommunen“ genannt, das kurz vor der Fertigstellung steht. Hierbei handelt es sich um eine beschaffungsrechtliche Expertise und einen Praxisleitfaden für die Beschaffungs- und Vergabestellen, die Bio-Lebensmittel in der Verpflegung der öffentlichen Verwaltung einsetzen.

Weitere Maßnahmen, die im Rahmen der Idee Bio-Stadt verfolgt werden, können sein:

- die Schaffung von Modellregionen für Öko-Landbau,
- die Förderung des Einsatzes ökologisch erzeugter Lebensmittel aus der Region in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Mensen und Kantinen der Verwaltung,
- die Verwendung von Öko-Produkten bei öffentlichen Veranstaltungen und Festen,
- eine stadt eigene Öffentlichkeitsarbeits-Kampagnen für Bio-Lebensmittel oder
- eine Unterstützung von Vereinen und Verbänden, die nachhaltig wirkende Aktionen und Projekte im Bereich Öko-Landbau und bio-regionaler Vermarktung planen und durchführen.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass Politik und Verwaltung eine Vorbildfunktion einnehmen, Zugänge herstellen und Vertrauen schaffen können, wenn sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für biologische Produkte positionieren.

Wichtiger Unterstützer ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit Mitteln aus dem Bundesprogramm Ökologischer Landbau und anderer Formen nachhaltiger Landwirtschaft.

Wichtigste Partner des Bio-Städte-Netzwerkes sind der Deutsche Städtetag und der Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Die Mitglieder des Netzwerkes treffen sich zweimal jährlich, um sich über regionale und gemeinsame Projekte mit bundesweiter Relevanz auszutauschen.

III.

Bio-Stadt Hamburg

1. Ausgangssituation

Die Unternehmen, die bundesweit aber auch in Hamburg in der Bio-Branche tätig sind, haben eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung. Nach einer Statistik des Bundesamtes für Landwirtschaft und Ernährung hatten im Jahr 2013 insgesamt 498 Unternehmen der Öko-Branche aus den Bereichen Erzeugung, Verarbeitung Handel und Import ihren Sitz in Hamburg.

Im Rahmen des Agrarpolitischen Konzepts 2020²⁾ spricht sich der Senat für die Stärkung der Hamburger Agrarwirtschaft und die Ausweitung des ökologischen Landbaus aus. Dabei misst er vor allem auch der Verbesserung der regionalen Absatzstrukturen eine hohe Bedeutung bei. In der Koalitionsvereinbarung zur 21. Legislaturperiode bestärkt der Senat dieses Ziel und nennt neben den wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Unternehmen auch die große Bedeutung für die Umwelt. Damit hat der Senat bereits die Grundlage für eine Ausrichtung Hamburgs als Bio-Stadt geschaffen.

Die Erfahrungen zeigen, dass es möglich ist, für qualitativ hochwertige Bio-Produkte aus der eigenen Region höhere Preise zu erzielen, sofern die Herkunft transparent und glaubwürdig kommuniziert wird. Mit solchen öko-regionalen Vermarktungskonzepten, eingebunden in eine langfristige und vertrauensvolle Partnerschaft mit den Verarbeitern und dem Handel, kann für Bio-Erzeuger die Absatzsicherheit gesteigert und das unternehmerische Risiko verringert werden. Unter solchen Bedingungen sind auch Erzeuger eher bereit, in eine Produktionsausweitung zu investieren oder konventionelle Betriebe auf ökologischen Anbau umzustellen.

Mit dem vom Senat im Januar 2016 beschlossenen Leitfaden³⁾ für umweltverträgliche Beschaffung, der mit seinen Bausteinen die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, die Versorgung der öffentlichen Verwaltung mit Lebensmitteln und die Vergabe von Verpflegungsdienstleistungen ökologischer zu gestalten, trägt die Stadt als große Nachfragerin zu den Marktaktivitäten im Öko-Bereich bei und stärkt so die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung über die Verarbeitung, dem Handel bis zum Verbrauch.

2. Strategie und Umsetzung

Mit der ökologischen Ausrichtung der Agrarwirtschaft, der Absatzförderung und der Neuausrichtung der Beschaffung sind bereits wichtige Eckpunkte gesetzt. In diesem Zusammenhang zeichnen sich für Hamburg vier strategisch wirkungsvolle Gestaltungsbereiche ab:

- Förderung des ökologischen Landbaus

Die Stadt stellt durch Exzellenzberatung, höhere Förderprämien und gezielte angewandte Forschung Hilfe für an Umstellung interessierte Betriebe zur Verfügung und fördert so die Erhöhung des Marktangebots. Diese Aufgabe ist Bestandteil des Agrarpolitischen Konzepts

2020 und befindet sich bereits in der Umsetzung.

- Vermarktung von ökologischen Produkten

Die öffentlichen Einrichtungen beziehen große Mengen an Lebensmitteln. Mehr Bio einkaufen und stärker auf Biolebensmittel zu setzen, hat einen wichtigen Markteffekt. Dies gilt besonders für Einrichtungen wie Behörden selbst und angegliederte Einrichtungen. Dazu zählen z.B. die Kindertagesstätten, das Catering bei Behördenveranstaltungen und Rathausempfängen sowie die Versorgung in den Justizvollzugsanstalten. Hier wurde mit dem Umwelleitfaden eine wichtige Anleitung und Hilfestellung gegeben.

- Schaffung von Vermarktungsstrukturen und Stärkung von Absatzgemeinschaften

Die Stadt kann Unternehmen untereinander vernetzen, unterstützen und so für die Unternehmen neue Märkte erschließen; Unternehmen können gestärkt werden durch gezielte Maßnahmen im Rahmen der Absatzförderung. Dazu gehören z.B. fundierte Markterkundungen, Förderung von Messeständen und Schaffung von Austauschforen, Auf- und Ausbau von Vermarktungsstrukturen.

- Verbraucherinformation

Die Stadt kann bei ihren eigenen Veranstaltungen ökologische Produkte verwenden und damit wichtige Informations- und Motivationsarbeit leisten. Sie kann damit Vertrauen bei den Verbrauchern erzeugen und so für potentielle Kunden den Marktzugang erleichtern. Sie hat außerdem die Möglichkeit bei der Gestaltung von Großveranstaltungen dafür Sorge zu tragen, dass mehr ökologische Produkte verwendet werden, auf diese Weise stärkere ökologische Akzente gesetzt werden und damit mehr öffentliche Sichtbarkeit hergestellt ist. Politische Vertreter können sich für eine nachhaltige und ökologische Lebensmittelerzeugung positionieren und damit eine glaubhafte Vorbildfunktion schaffen. Gezielte Verbraucherinformation gefördert durch öffentliche Mittel im Rahmen

²⁾ Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft „Agrarpolitisches Konzept 2020 – Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 8. Juni 2011 ‚Gesunde Ernährung mit regionalen Produkten: Soforthilfe für die Hamburger Gemüsebauern‘ (Drucksache 20/727) vom 26. Oktober 2011 ‚Agrarpolitisches Konzept fortschreiben‘ (Drucksache 20/1808) und vom 28. Februar 2013 ‚Hamburg – Metropole der Chancen, Aus der Region – für die Region‘ (Drucksache 20/6905)“, Drucksache 20/11525 vom 22. Januar 2015.

³⁾ Leitfaden für umweltverträgliche Beschaffung der Freien und Hansestadt Hamburg (Umwelleitfaden), Drucksache 2016/00104 vom 19. Januar 2016.

der Absatzförderung schafft Wissen und beugt Verbrauchertäuschungen vor.

3. Partner der Zusammenarbeit

Politik und Verwaltung haben die Möglichkeit, durch geeignete Maßnahmen die Akzeptanz von Bioprodukten und Ökolandbau bei den Bürgern, Verbrauchern, Unternehmen, Verbänden und Medien zu erhöhen. Damit einhergehend muss die gesellschaftliche Bedeutung des Ökolandbaus deutlich gemacht werden. Hierzu bedarf es einer konstruktiven Zusammenarbeit vieler verschiedener Akteure.

Eine unter Leitung der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation begleitende Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung setzt sich zusammen aus Vertretern der Justizbehörde, der Finanzbehörde, der Behörde für Umwelt und Energie und der Behörde für Schule und Berufsbildung. Angesprochen sind darüber hinaus alle Behörden und Dienststellen der Hamburger Verwaltung.

Für eine breite Verankerung in der Stadt und die Schaffung eines Mehrwertes für alle Akteure bedarf es ebenfalls einer engen Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Hier erfolgt ein konstruktiver Austausch mit Vereinen und Verbänden, die die Idee der Bio-Stadt mittragen.

4. Auswirkungen einer Mitgliedschaft Hamburgs im Netzwerk Bio-Städte

Mit der förmlichen Zusammenarbeit im Netzwerk Bio-Städte

- positioniert sich Hamburg national und international als Stadt, die ökologisch erzeugten Produkten, den entsprechenden regionalen Wirtschaftskreisläufen sowie einer gesunden Ernährung hohe politische Bedeutung beimisst und diese aktiv fördert.

- können Initiativen zur Förderung von Bio-Produkten gemeinsam unterstützt werden und erreichen damit eine größere Öffentlichkeit.
- wird der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit Akteuren anderer Städte und Regionen Synergien und größere Projekterfolge ermöglichen.

Mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung stimmt Hamburg im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung zu:

- zur Förderung des regionalen ökologischen Landbaus und der Vermarktung ökologischer Produkte mit dem Vorteil kurzer Transportwege und regionaler Wertschöpfung konkrete Maßnahmen anzuregen, zu unterstützen bzw. durchzuführen,
- eine zuständige Stelle bzw. Ansprechperson zu benennen und
- am regelmäßigen Informationsaustausch der Bio-Städte teilzunehmen sowie zu gegebener Zeit die rotierende Übernahme der Geschäftsführung und politische Außenpräsentation des Netzwerkes temporär zu übernehmen.

IV.

Auswirkungen auf den Haushalt

Die fachliche Grundlage für einen Beitritt zum Bio-Städte-Netzwerk ist bereits im Agrarpolitischen Konzept 2020 und im Absatzförderkonzept der BWVI verankert. Förderungen, Projekte und Maßnahmen können innerhalb der für die Produktgruppe 271.03 Agrarwirtschaft zur Verfügung stehenden Mittel realisiert werden.

V.

Petitum

Der Senat bittet, die Bürgerschaft wolle von den Ausführungen in dieser Drucksache Kenntnis nehmen.